



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0275/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 09.08.2011

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Gerhard Merz, MdL und Dr. Wolfgang Deetjen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur	18.08.2011	Beratung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	22.08.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	01.09.2011	Entscheidung

Betreff:

**Kooperation der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 09.08.2011 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, den Vertrag über die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen neu auszuhandeln und der Stadtverordnetenversammlung binnen eines Jahres zur Entscheidung vorzulegen.“

Begründung:

Eine vertiefte Zusammenarbeit der beiden Volkshochschulen ist zum einen vor dem Hintergrund veränderter Anforderungen an außerschulische Fort- und Weiterbildung, zum anderen unter dem Gesichtspunkt der Haushaltskonsolidierung zu sehen (Ausloten von Synergieeffekten). Vor dem Hintergrund

- einer Bestimmung der Aufgaben, Ziele und Perspektiven von Fort- und Weiterbildung in der Region,
- eines Überblicks über die bestehenden Angebote und die handelnden Institutionen und Organisationen der Erwachsenenbildung, insbesondere der beruflichen Fort- und Weiterbildung,

- einer Verständigung über deren künftige bessere Kooperation und Vernetzung insgesamt und über die spezifische Rolle der Volkshochschulen in solchen Kooperationsstrukturen und Netzwerken

muss ein solcher Vertrag konkrete Aussagen über die Bedingungen einer intensiveren Zusammenarbeit treffen.

Dazu gehören:

- die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse und Ausgangslagen im städtischen und im ländlichem Raum,
- die Berücksichtigung des Verhältnisses von notwendigerweise zentralisierten und notwendigerweise dezentralisierten Angebotsstrukturen,
- die Bestimmung von Feldern, in denen flächendeckende Angebote der Erwachsenenbildung im Allgemeinen und der beruflichen Fort- und Weiterbildung im Besonderen unabdingbar sind,
- Möglichkeiten und Grenzen der inhaltlichen Schwerpunktbildung und Arbeitsteilung.

Daraus resultierend soll der abzuschließende Vertrag eine konkrete Aussage über Formen und Regeln der Kooperation treffen, ggf. Übergangsszenarien definieren und Synergieeffekte und Einsparungspotenziale aufzeigen.

Bei der Erarbeitung sollen die VHS-Leitungen eng einbezogen und die VHS-Beiräte mit beteiligt werden. Die Erfahrungen mit Modellen der Zusammenarbeit in anderen Regionen (z.B. Stadt und Landkreis Kassel, Wetzlar und Lahn-Dill-Kreis) sollen in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Für die SPD-Fraktion

Gerhard Merz, MdL
(Fraktionsvorsitzender)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. Dr. Wolfgang Deetjen
(Fraktionsvorsitzender)